

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 28

Ausgegeben am 26. September 1919

37. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Der Gewerkschaftskongress zu Glasgow und die Gärung in der englischen Arbeiterschaft.

Von Heinrich Cunow.

Es geht vorwärts — auch in England! Die Reden und Beschlüsse des englischen Gewerkschaftskongresses, der vom 8. bis 11. September in Glasgow, der schottischen Arbeiterstadt am Clyde, tagte, zeigen, daß in ihrem Widerstand gegen die schwer auf Großbritannien's Wirtschaftsleben lassenden Folgen des Weltkriegs auch die englische Arbeiterschaft immer mehr in die revolutionäre Strömung hineingerät. Mag der imperialistische, die gelegentliche Sensationsmacherei nicht verschmähende »Daily Telegraph« in seiner Werbung um die Gunst des Citypublikums den Mund auch etwas voll genommen haben, als er die Annahme einiger der auf dem Kongress behandelten Anträge als revolutionäre Handlungen und offene Kriegserklärungen an die englische Regierung bezeichnete, so ist doch zweifellos, daß der Gewerkschaftskongress ein ganz anderes Gesicht zeigte wie die englischen Gewerkschaftstagungen der letzten Jahre. Zwar fehlte es auch auf dem Glasgower Kongress nicht an jenen konservativ-nationalistischen Typen, die auf früheren englischen Arbeiterkonferenzen ihre Rolle als überbedächtige Wahrer altkonservativer Gewerkschaftstraditionen spielten; besonders Havelock Wilson, der Führer des Seemannsbundes und vollkommensfe Typ des selbstzufriedenen englischen Jingo-Arbeiters, gab sich alle Mühe, die Delegierten vor jeglichen übereilten Beschlüssen zu warnen; aber alle Mahnungen blieben ohne nachhaltigen Eindruck auf die Versammelten. Man schritt ärgerlich über sie hinweg.

Der Tripelverband der Berg-, Eisenbahn- und Transportarbeiter hatte zur Durchsetzung seiner drei Forderungen:

1. Verzicht der englischen Regierung auf die Intervention in Rußland,
2. Freilassung derjenigen inhaftierten Personen, die aus Gewissensbedenken den Kriegsdienst verweigert haben,

3. Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht

die Anerkennung der sogenannten »direkten Aktion« (des politischen Massenstreiks) als berechtigtes Pressionsmittel verlangt. Obgleich der parlamentarische Ausschuß in seinem Bericht sich energisch gegen diese Forderung ausgesprochen hatte, wurde sie nach ihrer Befürwortung durch den Bergarbeiterführer Smillie und den Sekretär des Transportarbeiterverbandes, den früheren Dockarbeiter Williams, mit 2 586 000 gegen 1 846 000 Stimmen gutgeheißen. Ebenso wurde ein Antrag des genannten Dreiverbandes auf Nationalisierung (Verstaatlichung) der Bergwerksbetriebe und der Eisenbahnen sowie der Bankinstitute mit großer Mehrheit genehmigt. Zur Erzwingung dieser Verstaatlichungen sollte nach dem Vor-

schlag der Antragsteller ebenfalls zum Generallstreik gegriffen werden. Der Kongress vermochte sich jedoch zur Anwendung des Generallstreiks in solchem Falle nicht zu entschließen, vielmehr wurde nach längerer Debatte auf Antrag des Lancashire Bergarbeiterführers Walsh mit 2 255 000 gegen 2 085 000 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen, die Frage also vorläufig offengelassen.

Man darf diese Abstimmungen sicherlich nicht überschätzen, vor allem nicht die Abstimmungszahlen; denn sie geben durchaus keinen Maßstab dafür ab, wie sich die Masse der englischen Arbeiter zu den betreffenden Fragen stellt. Die Delegierten stimmen in England für die Gesamtheit ihrer Gewerkschaften ab, das heißt es wird ihrer Stimme die Mitgliedschaft ihrer Gewerkschaft unterlegt, und zwar bleiben dabei die Minoritäten unberücksichtigt. Hat eine Gewerkschaft zum Beispiel 300 000 Mitglieder, und es stimmen davon in einer Vorabstimmung 200 000 mit Ja, 100 000 mit Nein, so gelten dennoch alle 300 000 Stimmen als für Ja abgegeben. Durch diesen Abstimmungsmodus kann es vorkommen, daß auf englischen Gewerkschaftskongressen entschiedene Minderheiten zu stattlichen Mehrheiten werden und umgekehrt.

Die Annahme der erwähnten Anträge auf der Glasgower Tagung besagt also noch nicht, daß hinter ihnen die große Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten englischen Arbeiter steht. Noch weniger ist damit gesagt, daß es demnächst tatsächlich in England zu großen allgemeinen Arbeitseinstellungen kommt. Dennoch ist, wenn man die Ergebnisse der Glasgower Gewerkschaftstagung mit früheren ähnlichen Zusammenkünften vergleicht, ganz unverkennbar, daß die englische Gewerkschaftsbewegung immer mehr in ein revolutionäres Fahrwasser hineintreibt. Noch die am 25., 26. und 27. Juni in Southport abgehaltene Jahreskonferenz der Arbeiterpartei, die von fast 1000 Delegierten (Vertretern von sozialistischen Verbänden und Parteiorganisationen, Gewerkschaften und Betriebsräten) besucht war, stand recht merklich unter dem Einfluß der englischen Siegestimmung. Zwar sprach sich der Kongress gegen den Versailler Friedensvertrag aus; aber in seiner matten, schwächlichen Resolution forderte er nur, daß die »harten Friedensbedingungen« revidiert und Deutschland baldigst zum Völkerbund zugelassen werde. Der Vorschlag, die Stellungnahme der englischen Arbeiterschaft zu dem Friedensvertrag durch einen eintägigen Proteststreik zu bekunden, wurde abgelehnt und lediglich beschlossen, bald Protestversammlungen zu veranstalten. Ferner wurde der von Robert Smillie gestellte Antrag auf Genehmigung der »direkten Aktion« auf Betreiben von Clynnes, der den Generallstreik für ein ganz undemokratisches Kampfmittel erklärte, verworfen und dafür mit 1 893 000 gegen 935 000 Stimmen folgender Kompromißvorschlag angenommen:

Der nationale Exekutivauschuß der Arbeiterpartei mag mit dem parlamentarischen Komitee des Gewerkschaftskongresses in Beratung eintreten und wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Durchführung der Forderungen: sofortige Einstellung der Operationen gegen Sowjet-Rußland und die Abschaffung der Zensur unter rückhaltloser Anwendung der politischen und industriellen Machtmittel zu erzwingen.

Damit war die Anwendung gewerkschaftlicher Machtmittel für politische Zwecke — in diesem Falle für die Einstellung der Kriegsmassnahmen gegen Rußland und die Abschaffung der Zensur — zwar nicht prinzipiell

abgelehnt, die ganze Sache aber in praktischer Hinsicht auf die Bank der langen Erwägungen und Beratungen geschoben, die schließlich — darauf war mit ziemlicher Sicherheit zu rechnen — mit einem Ablehnungsbescheid enden würden.

Ebensowenig kam eine Anfang August zur Verhandlung über die »direkte Aktion« einberufene Sitzung der parlamentarischen Kommission der Gewerkschaften zu einer Entscheidung; und auch eine Abstimmung, die unter den Mitgliedern des Dreiverbandes über die Frage stattfand, ob in den Massenstreik eingetreten werden solle, ergab kein klares Bild. Durch die Stimmzettel sollte festgestellt werden, ob die Arbeiterschaft der drei Verbände bereit sei, für die Einstellung der Kriegsführung gegen Rußland, die Haftentlassung der »Conscientious Objectors« (Kriegsdienstverweigerer) und die Verstaatlichung der Bergwerke den Generallstreik zu proklamieren. Vor der Abstimmung griff die englische Kabinettsregierung zu dem Beschwichtigungsmittel, durch Churchill erklären zu lassen, daß die militärische Expedition gegen Rußland aufgelöst und alle Kriegsdienstverweigerer entlassen werden sollten. Dieser geschickte Schachzug hatte Erfolg. Die Abstimmung der Verbandsmitglieder geriet in Verwirrung und ergab keine klare Antwort.

Die Verhandlungen in Glasgow zeigen, daß seitdem die Neigung der englischen Arbeiterschaft, energische Töne gegen die Lloyd George'sche Regierung anzuschlagen, wesentliche Fortschritte gemacht hat. Es gärt und brodelt selbst in den konservativen Trade Unions. Wer daraus schließt, daß die englischen Gewerkschaften vom international-revolutionären Geiste erfasst seien, die Gefährdung der sozialistischen Bewegung Mitteleuropas und Rußlands durch den Friedensvertrag erkannt hätten und bereit seien, energisch gegen diesen und die Verklavung der Arbeiterklasse Deutschlands, Osterreichs, Ungarns aufzutreten, irrt jedoch gründlich. Jene, die in Deutschland auf den Internationalismus der englischen Gewerkschaften oder gar auf eine englische Sympathierevolution rechnen, kennen die Stimmung der englischen Arbeiterschaft schlecht. Soweit innerhalb der Industriearbeiterschaft Englands revolutionäre beziehungsweise syndikalistische Gedanken eingedrungen sind, sympathisiert sie nicht mit der deutschen Sozialdemokratie, sondern erblickt weit mehr ihr Ideal im russischen Räte-system. Für den russischen Bolschewismus wirkliche Opfer zu bringen, mag sich vielleicht ein Teil der englischen Arbeiter bereit finden lassen; sich für die Unterstützung der deutschen Arbeiterschaft tatkräftig einzusetzen, dazu dürften nur wenige Neigung verspüren. Übrigens ist auch die Sympathie für den Bolschewismus auf enge Kreise der großstädtischen Industriearbeiterschaft Englands beschränkt. Aus der allgemeinen Forderung der englischen Gewerkschaften, die Regierung solle die Kriegsführung gegen die russische Räterepublik einstellen, darf nicht gefolgert werden, daß die englischen Gewerkschaftsmitglieder in ihrer Masse mit dem russisch-bolschewistischen Regiment einverstanden sind. Vielsach ist es lediglich die Erwägung, daß die aktive Teilnahme Englands an der Bekämpfung Rußlands die Abrüstung und die Wiederaufhebung der eingeführten Wehrpflicht hemmt, die die Gewerkschaftsmitglieder zu ihrer Forderung bestimmt. Daneben stößt man auf die Befürchtung, der Kampf gegen Rußland könne England in neue kriegerische Verwicklungen hineinziehen — lediglich zum Nutzen bestimmter Finanz-

kreise. Man wünscht aber dringend die Beendigung des Krieges, damit die Beschränkungen der Kriegszeit, die noch immer das bürgerliche Leben belasten, endlich fallen. Die Abneigung gegen das russische Interventionsabenteuer erstreckt sich denn auch keineswegs nur auf die Arbeiterschaft, sondern auch auf einen wesentlichen Teil der Kleinbürgerschaft, der Intelligenz und selbst der Bourgeoisie.

Das eigentliche Motiv der Gärung in den englischen Arbeiterkreisen ist eine starke Unzufriedenheit mit den Arbeitsverhältnissen und Lebensbedingungen, die sich nach dem herbeigesehnten, mit allerlei schönen Erwerbshoffnungen begrüßten Ende des Krieges eingestellt haben, und das Mißtrauen, daß die jetzige Regierung nicht den entschlossenen Willen hat, die für nötig gehaltenen Maßregeln zur Änderung der Lage zu ergreifen. Mit einem gewissen Opfermut hat man während der Kriegszeit die mancherlei Beschränkungen der Gewerkschaftstätigkeit und die behördlichen Eingriffe in die von dem Engländer besonders als heilig betrachtete individuelle Befähigungsfreiheit hingenommen in der sicheren Erwartung, daß der Sieg die Wirtschaftsstellung Englands und damit auch der Arbeiterklasse mächtig heben, die Zukunft also Ersatz für den Druck der Kriegsjahre bieten werde, und nun muß das durch den Krieg mächtig gesteigerte Selbstbewußtsein der Arbeitskorporationen, die ihrer Opferwilligkeit und Standhaftigkeit nicht den geringsten Anteil an dem Kriegserfolg zuschreiben, wahrnehmen, daß noch immer die erhofften Wirkungen ausbleiben, dagegen der durch den Krieg großgezogene Militarismus und Regierungsabsolutismus das Feld behaupten.

Besonders verstimmt die englische Arbeiterschaft die Fortdauer der Lebensmittelerhöhung, denn der englische Arbeiter gehorcht, wie kürzlich Philipp Snowden in einem Artikel der »Humanité« richtig bemerkte, vor allem dem Gebot seines Magens. Nach dem Abschluß des Waffenstillstands trat zwar zunächst ein Sinken der Lebensmittelpreise ein; seit dem Juni findet aber bereits wieder ein andauernder Aufstieg statt, so daß nach den Indexzahlen der »Labour Gazette« im August die Preise fast schon wieder den Stand des Februars erreicht hatten. Und noch stärker stiegen in einer Reihe Großstädte die Mieten für Arbeiterwohnungen. Um den energischen Forderungen der unteren Volksschichten, es müsse durch geeignete staatliche Maßnahmen der Teuerung gewehrt werden, etwas entgegenzukommen, verkündete am 23. Juli die Regierung, es solle ein Ausschuß zur Untersuchung der Frage eingesetzt werden, inwieweit die Steigerung der Preise für allgemeine Verbrauchsartikel durch das Hinauftreiben der Produktions- und Handelsprofite bewirkt sei. Der Ausschuß trat auch unter dem Vorsitz von Lieutenant-Colonel Jackson zusammen, die Beratungen paßten aber der Regierung so wenig in ihre Beschwichtigungspolitik, daß am 6. August der Leiter des englischen Nahrungsmittelministeriums, Sir Auckland Weddes, in der Ausschußsitzung erschien und entgegen allem Brauch ohne Rücksichtnahme auf die Ausschußverhandlungen ankündigte, daß die Regierung baldigst dem Parlament ein Gesetz gegen den Preiswucher vorlegen werde. Unverblümt wurde damit dem Ausschuß angedeutet, daß man seine Arbeiten eigentlich für überflüssig halte. Dennoch hat er sich nicht einfach aufgelöst, sondern sich zunächst bis zum 7. Oktober vertagt.

Bereits einige Tage darauf veröffentlichte die Regierung einen »Profiteering Act 1919« befehlenden Gesetzesentwurf. Er ermächtigte die Regierung dazu, Nachforschungen über Preise und Gewinne anzustellen, auf Antrag überverteilter Kläger angemessene Preise festzusetzen, über Preiswucherer Geld- und Gefängnisstrafen zu verhängen und den Lokalbehörden das Recht einzuräumen, kommunale Verkaufsstellen zu errichten.

Der Entwurf erregte in der Bourgeoisie, vornehmlich in Handelskreisen, scharfen Widerspruch. Im Unterhaus wurden zahlreiche Amendements gestellt, darunter von einer Seite der Zusatzantrag, das Handelsamt (Board of Trade) zum Erlaß von Höchstpreisen zu bestimmen. Sir Auckland Geddes erklärte sich im Namen der Regierung mit dem Antrag einverstanden. Als diese Zusage aber im Hause einer starken Mißbilligung begegnete, erklärte Chamberlain, das Handelsamt würde von der ihm erteilten Vollmacht voraussichtlich nur ganz selten Gebrauch machen. Darauf wurde das Gesetz mit dem Höchstpreisantrag angenommen. Es liegt jetzt dem Hause der Lords vor.

Beruhigend hat dieses Vorgehen der Regierung auf die Arbeiterschaft nicht gewirkt, da man meist an dem Willen der Regierung zweifelt, das Gesetz einigermaßen energisch durchzuführen und den Preisstreiberien entgegenzuwirken. Dazu kommt, daß wenn auch die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten etwas abgenommen hat, doch noch immer ein großes Arbeitslosenheer in England vorhanden ist und die Industriellen vielfach das starke Arbeitsangebot benutzen, unter Hinweis auf die schlechte Finanzlage und die amerikanische Handelskonkurrenz einen Druck auf die hohen Kriegslöhne auszuüben und manche der den Arbeitern unter dem Zwange der Kriegslage gemachten Zugeständnisse wieder verschwinden zu lassen. Gerade dieses Bestreben der Unternehmer hat sehr wesentlich dazu beigetragen, in einem beträchtlichen Teil der Industriearbeiterschaft dem Gedanken der Nationalisierung oder Verstaatlichung Anhänger zu verschaffen. Es sind keineswegs rein theoretisch-sozialistische Erwägungen, die die englischen Arbeiter zur Forderung der sogenannten Nationalisierung der Bergwerke, Eisenbahnen, der Elektrizitätsindustrie und Banken bewegen. Zu einem großen Teil spricht dabei die Erkenntnis mit, daß sich kaum die während der Kriegszeit von den Arbeitern und Angestellten im Eisenbahn- und Bergwerksbetrieb errungenen relativ hohen Löhne und noch weniger die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen werden aufrechterhalten lassen, wenn diese Betriebszweige, von der während des Krieges eingeführten staatlichen Aufsicht befreit, wieder in den Zustand der freien Unternehmung zurückkehren. Weiß besser glaubt man zu fahren — und diese Auffassung wird von einem großen Teil der unteren und mittleren Beamtenschaft geteilt —, wenn der Staat diese Betriebe übernimmt, da er weit mehr als die Privatwirtschaft dem gewerkschaftlichen und parlamentarischen Druck unterliegt und gezwungen ist, größere Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftspolitische Lage zu nehmen.

Hinzu kommt, daß in den unteren Volksschichten das Mißtrauen in die Lloyd Georgesche Regierungspolitik ständig steigt. Sieht auch die englische Arbeiterschaft noch vielfach in ihm den Organisator des glorreichen Sieges über das Deutsche Reich, so hat sich doch in dem intelligenteren Teile der Arbeiterpartei immer mehr die Auffassung durchgesetzt, daß der geringe Erfolg der Arbeiterschaft bei den Parlamentswahlen im Dezember vorigen

Jahres, bei denen die Arbeiterpartei statt 161 oder 162 Sitze, auf die sie nach dem Verhältniswahlssystem Anspruch gehabt hätte, nur 65 Mandate gewann, hauptsächlich durch die von Lloyd George betriebene hinterlistige Wahltaktik verschuldet sei und seine Begünstigung der imperialistischen Erwerbspolitik bestimmter Finanz- und Handelskreise, die überall, in Rußland, Kleinasien, Persien, Ostafrika, englische Annexionsgebiete schaffe, England in neue kriegerische Zukunftskonflikte hineintreibe. Vor allem wird Lloyd George verdacht, daß er die Entlassung der vom Kontinent heimgekehrten Truppen nicht schneller durchführt, in Rußland noch ansehnliche Heereskörper stehen gelassen hat und die Zusagen, die er in bezug auf die Nationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen gemacht hat, durch allerlei Winkelzüge zu entkräften sucht. Vornehmlich sind die Bergarbeiterführer über die Zusammensetzung des zur Untersuchung der Lage des Kohlenbergbaus eingesetzten Ausschusses, der sogenannten Sankey-Kommission, und die Behandlung ihres Berichtes durch die Regierung erbittert. Man beschuldigt letztere ganz offen, insgeheim die Gegenpropaganda der Grubenbesitzer zu unterstützen und durch statistische Kunststücke sowie durch hinterlistige Unterföhung der von den Zechenherren betriebenen Preispolitik (am 9. Juli erklärte plötzlich die Regierung auf einen Bericht des Kohlenkontrolleurs im Parlament, daß vom 16. Juli ab eine Preiserhöhung um 6 Schilling pro Tonne eintreten werde) dem Lande den Beweis liefern zu wollen, daß sich die Sankey-Vorschläge nicht durchführen ließen und zum Ruin führen würden. Der Vorsitzende der Arbeiterfraktion im Parlament, der Bergarbeiterführer Adamson, erklärte daraufhin am 12. Juli auf der Jahresversammlung der Miners Federation in Morpeth, daß die Regierung ein falsches Spiel treibe und mit den Grubenbesitzern konspirierte. Ebenso meinte Smillie auf der Ende August in London abgehaltenen Bergarbeiterkonferenz, er müsse die Zusagen von Lloyd George als nicht ehrlich gemeint betrachten.

Die Folge ist, daß die Enttäuschung und Verstimmung immer weitere Arbeiterkreise Englands ergreift und die Streikluft steigt. Die scharfen Äußerungen gegen die Regierung auf dem Gewerkschaftskongress in Glasgow und die Wahl Artur Hendersons in Widnes (Lancashire), einem seit Jahrzehnten stets konservativ vertretenen Wahlkreis, in dem bei den Dezemberwahlen die Arbeiterpartei noch um 3694 Stimmen hinter dem Gegner zurückblieb, sind lediglich Symptome dieser wachsenden Erregung.

Die imperialistischen Kreise Englands erkennen sehr wohl, welche Gefahr in dieser wachsenden Opposition der Arbeiterschaft für ihre Herrschaft liegt. Sie suchen deshalb unter dem Vorgeben, daß die alten Parteigruppierungen mit ihren politischen Schlagworten sich überlebt hätten und die neue Stellung Englands im Weltwirtschaftssystem einen Zusammenschluß der vorwärtsstrebenden Elemente erfordere, eine Parteikoalition, eine sogenannte »Centre-party«, zusammenzubringen, die das imperialistische Regierungsprogramm stützt, den drohenden Ansturm der Arbeiterpartei abwehrt und, um dem Kabinett eine noch stärkere Stellung im parlamentarischen System zu sichern, gewisse parlamentarische Geschäftsbehandlungsreformen durchführt. Zu dieser neuen Zentralpartei hofft man auch einen Teil der konservativen jingoliftischen Gewerkschaftsführer mit herüberzuziehen.

Unsere Unabhängigen und Spartakisten hoffen auf die Weltrevolution, unter der sie das Übergreifen der ganz- und halb bolschewistischen Ideen auf die Ententestaaten und die Ersetzung der jetzigen Regierungsformen durch die proletarische Diktatur und das Räteystem verstehen. Sicherlich, die Weltrevolution wird kommen, denn die Verschiebung der wirtschaftlichen Grundlagen aller großen Staaten Europas bedingt auch eine gründliche Veränderung ihrer Regierungsformen. Die meisten dieser Staaten stecken sogar bereits seit dem ersten Kriegsjahr in dieser Weltrevolution, die sich allerdings recht wenig nach den Entwicklungsvorschriften der Revolutions-theoretiker der Unabhängigen richtet. Diese Revolution hat auch England erfasst, weit mehr noch als Frankreich oder Italien. Old Britannia ist ganz anders aus dem Weltkrieg hervorgegangen, wie es in diesen hineingegangen ist. Und weitere Änderungen seiner inneren wirtschaftlichen und politischen Struktur stehen England bevor. Die sich dort zwischen Arbeiter- und Unternehmerschaft vorbereitenden Machtkämpfe sind nur eine weitere Etappe in diesem großen Umwälzungsprozeß.

## Sozialisierung der Wirtschaft.

Sozialkritische Skizze von Professor Franz Staudinger (Darmstadt).

Sozialisierung oder Vergesellschaftung der Wirtschaft! Das steht heute infolge des Zusammenbruchs und der Revolution auf der Tagesordnung. Vom Schicksal ist sie darauf gesetzt worden. Es hilft deshalb gar nichts, die Frage aufzuwerfen, ob man in anderer Zeit das besser hätte tun können oder sollen. Wenn man im Sumpfe steckt, muß man durch, oder man geht unter. Aber zur Sozialisierung bedarf es gemeinschaftlicher Einsicht, gemeinschaftlichen Willens und gemeinschaftlicher Übung.

Haben wir diese Vorbedingungen der Sozialisierung? Wer wagt es zu bejahen? Doch wenn wir das auch verneinen müssen, so kommt eben jene Gewalt des Schicksals und sagt: »Ihr müßt, wenn ihr nicht versinken wollt.« Dieses Muß hat erneut der Wiener Soziologe Professor Dr. Goldscheid in einer kleinen, im Anzengruber-Verlag erschienenen, sehr beachtenswerten Schrift uns mit kräftigen Jügen vor Augen gestellt. Sie lautet: »Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott.« Er hätte besser geschrieben: »Gesellschaftsbankrott«; denn der Staatsbankrott brauchte nicht zu schrecken, wenn die Gesellschaft dabei heil bliebe. Was er aber sagt und in Aussicht stellt, läuft im Wesen darauf hinaus, daß der Gesellschaftsbankrott eintreten muß, wenn nicht bestimmte Maßnahmen erfolgen. Diese Maßnahmen seien kurz dargelegt und daran ein kritischer Zusatz angefügt: einer wesentlichen Sozialisierungsnotwendigkeit, die er gänzlich vergessen hat: sie wird freilich fast immer vergessen, da man bei der Sozialisierung viel mehr an die Dinge als an die Menschen zu denken pflegt. Aber auf die kommt alles an, oder genauer: auf den Zusammenhang zwischen Dingen und Menschen.

Goldscheids Gedanke begründet sich etwa folgendermaßen: Das Volk hat den Kriegsbedarf durch seine Arbeit bezahlen müssen, deren Wert aber floß in die Taschen der Kriegsgewinnler und Darleiher der Kriegsanleihe in